NACHRICHTEN AG

29. Mai 2025

1,4 Millionen Einsprüche: Baden-Württembergs Grundsteuer in der Krise!

In Baden-Württemberg gibt es massiven Widerstand gegen die neue Grundsteuer, mit 1,4 Millionen Einsprüchen seit 2025.

Baden-Württemberg, Deutschland - In Baden-Württemberg regt sich erheblicher Widerstand gegen die neue Grundsteuer, die seit dem 1. Januar 2025 in Kraft ist. Fast 30 Prozent der Immobilienbesitzer im Land haben bereits Einspruch gegen ihre Grundsteuerbescheide beim Finanzamt eingelegt. Insgesamt wurden mehr als 1,4 Millionen Einsprüche bei rund 4,8 Millionen Fällen eingereicht. Diese hohe Einspruchsquote stellt eine der höchsten in Deutschland dar und wirft Fragen zur Fairness der neuen Steuerregelungen auf. Die Remszeitung berichtet, dass von den Einsprüchen etwa 1,3 Millionen Masseneinsprüche sind, die die Verfassungsmäßigkeit des neuen Grundsteuergesetzes infrage stellen.

Die Gesetzesänderung wurde notwendig, nachdem das Bundesverfassungsgericht die alte Berechnungsmethode als verfassungswidrig erklärte. Die neue Berechnung basiert hauptsächlich auf Bodenrichtwerten und berücksichtigt nicht mehr die Werte der darauf stehenden Gebäude. Eigentümer von Ein- und Zweifamilienhäusern mit großen Gärten sind oft von einer höheren Steuerlast betroffen, was zu einem Anstieg der Klagen führt. Ungefähr 125.000 Einsprüche beziehen sich auf andere Gründe, zum Beispiel falsche Grundstücksgrößen.

Einspruchsquote und Auswirkungen

Bereits über 56,7 Prozent der Einsprüche wurden bearbeitet, wobei etwa die Hälfte zugunsten der Steuerzahler entschieden wurde. Dies illustriert die Auseinandersetzungen und Unsicherheiten, die mit der Grundsteuerreform verbunden sind. Die Tagesschau hebt hervor, dass den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg durch die Grundsteuer jährlich etwa 1,8 Milliarden Euro zufließen, was auch Auswirkungen auf die Mietpreise hat. Die Mehrbelastungen könnten von den Eigentümern an die Mieter weitergegeben werden.

Insgesamt sind 5,6 Millionen Hauseigentümer in Baden-Württemberg betroffen. Die notwendigen Anpassungen in den Finanzämtern erfordern zusätzliche 320 Stellen, um die Flut der Einsprüche zu bewältigen. Das Konzept der Grundsteuer unterscheidet sich zwischen den Bundesländern: Während Nordrhein-Westfalen das Bundesmodell anwendet, verwendet Bayern ein eigenes Flächenmodell. Hier wurden rund 1,3 Millionen Einsprüche verzeichnet und die Einspruchsquote liegt bei etwa 11,3 Prozent.

Rechtliche Auseinandersetzungen

Aktuell laufen mehrere Gerichtsverfahren zur Verfassungsmäßigkeit des neuen Gesetzes vor dem Bundesfinanzhof. Das Finanzgericht Baden-Württemberg hat im Juni 2024 bereits zwei Klagen abgewiesen. Kläger aus Stuttgart

und Karlsruhe haben gegen diese Entscheidungen Berufung eingelegt, und es wird erwartet, dass der Streit möglicherweise vor das Bundesverfassungsgericht gelangt. Die rechtlichen Herausforderungen, die aus der Grundsteuerreform resultieren, sind nicht nur für die Eigentümer, sondern auch für Mieter von Bedeutung, da steigende Grundsteuerbeträge in Modellregionen die Wohnkosten in die Höhe treiben könnten.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Grundsteuerreform in Baden-Württemberg nicht nur zu Unruhe bei Eigentümern führt, sondern auch die Mieterfahrung in urbanen Gebieten beeinflusst. Kritiker bemängeln die Ungerechtigkeiten, die trotz der neuen Bewertungsgrundlagen bestehen bleiben. Immobilienbesitzer sollten die Entwicklungen in den Musterklagen und den laufenden rechtlichen Auseinandersetzungen genau im Auge behalten, um sich auf potenzielle Änderungen einzustellen. Weiterführende Informationen hierzu bietet Baufrisch.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	Widerstand gegen Grundsteuerreform, Zweifel an Verfassungsmäßigkeit
Ort	Baden-Württemberg, Deutschland
Quellen	• www.remszeitung.de • www.tagesschau.de • baufrisch.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net